

Pressemitteilung

vom 5. April 2006



Senioren ohne Lobby – Bremen streicht trotz massiver Kritik Zuschüsse für Pflegeeinrichtungen

Heimplätze in Bremen können durch ein neues Gesetz vom 1. Mai an pro Monat bis zu 340 Euro teurer werden. Die Folge könnte sein, dass viele Heimbewohner an ihrem Lebensabend Sozialhilfe beantragen oder ins niedersächsische Umland umziehen müssen. Dadurch wären auch Bremer Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Gefahr.

Am 21. März 2006 hat die Bremische Bürgerschaft eine Senatsvorlage entschärft, die die komplette Streichung der Investitionskostenförderung für Pflegeeinrichtungen vorsah, und eine Übergangsregelung bis 2007 beschlossen. Dennoch ist die Neuregelung des Bremer Pflegeversicherungsgesetzes eine bittere Pille für die Betroffenen, denn die Förderung kam bisher direkt den Bewohnern zugute. Damit haben die Politiker gegen die eigentliche Zielsetzung der Pflegerversicherung gehandelt, die pflegebedingte Sozialhilfeabhängigkeit zu verringern, findet der Geschäftsführer des Pflegeheims „Lesmona“ Stefan Lohse.

Nach Schätzungen des bpa, in dem private Anbieter sozialer Dienste zusammengeschlossen sind, könnten sich die 3.300 Selbstzahler der insgesamt 5.500 Heimbewohnern in Bremen nun mit Umzugsgedanken nach Niedersachsen befassen, um der Sozialhilfeabhängigkeit zu entgehen. Laut eines BAW-Gutachtens lohne es sich aus fiskalischen Gründen für Bremen hingegen immer, eine öffentliche Förderung eines Heimpflegeplatzes in Kauf zu nehmen, wenn dadurch eine Abwanderung ins Umland verhindert werde. Zudem weist die Studie darauf hin, dass jeder Heimplatz in Bremen etwa einen Arbeitsplatz bedeute. Trotz Gutachten und Widerspruch der Pflegekassen und des bpa wurde das entsprechende Gesetz mit Wirkung zum 1. Mai 2006 geändert. Außerdem könne von den 940 neuen Arbeitsplätzen im stationären Pflegebereich, mit denen der Senat bis 2007 rechnet, nach der Gesetzesänderung nicht mehr ausgegangen werden, da nun ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten der Belegung in Bremer Heimen einsetzen werde, so der bpa. Lohse wundert sich, warum hier nicht wie in anderen Fällen auch nach den Aussagen von Gutachten gehandelt wird. „Das ganze Prozedere zeigt mir, dass die betagten Menschen, die pflegeabhängig sind und betreut werden, wirklich keine Lobby haben.“ Ihm und den anderen Anbietern stationärer Pflegedienstleistungen bleibt nichts anderes übrig, als die Betroffenen auf die finanzielle Mehrbelastung einzustimmen – und das schweren Herzens.

Wohn- und Pflegeheim
Lesmona GmbH
Geschäftsführer:
Stefan Lohse
Blauholzmühle 32
28717 Bremen

Tel: 0421-693 82-0
Fax: 0421-693 82-23

www.lesmona.com

v.i.S.d.P. und
Ansprechpartner
für die Presse:

Daniel Allnoch

Tel: 0421-222 53 32
Fax: 0421-222 53 31
Email: presse@iunctim.com

Zeichen: 2.350
(mit Leerzeichen)
Zeilen: 59
(bei 40 Zeichen pro Zeile)

Der Text steht Ihnen
honorarfrei zur Verfügung.

Über eine Veröffentlichung in
Ihrem Medium würden wir uns
freuen!